

Wann ging die Klimakrise eigentlich los?

Der europäische Kolonialismus legte den Grundstein für die Klimakrise, da die Industrialisierung nur durch die Ausbeutung der Kolonien möglich war.

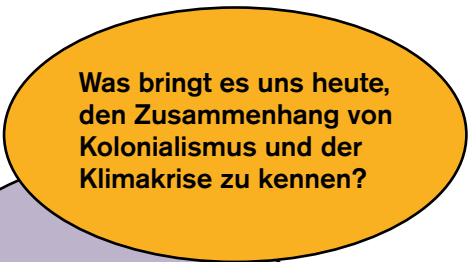
Vom 15. bis ins 20. Jahrhundert eroberten Mächte wie Spanien, Portugal, Frankreich, Großbritannien und Deutschland Gebiete in Nord-, Mittel- und Südamerika, der Karibik, Afrika, Asien, Australien und Ozeanien.

Sie beuteten Menschen und Naturressourcen systematisch aus und unterdrückten den Widerstand der kolonisierten Bevölkerung gewaltsam.

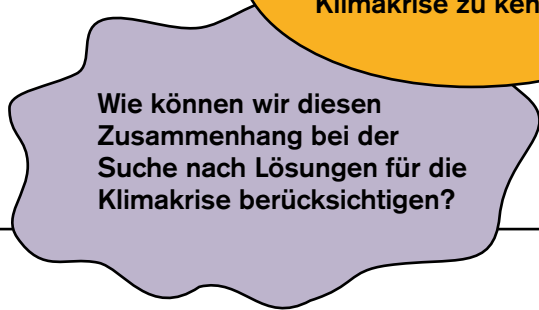
Auf Plantagen wurden Monokulturen wie Zuckerrohr, Tabak und Baumwolle ange-

baut, was nur durch die Versklavung von etwa 12,5 Millionen Menschen aus Afrika möglich war. Diese brutale Ausbeutung führte zu einer enormen Konzentration von Reichtum im Globalen Norden und stellte so die Ressourcen für die Industrielle Revolution im 18. und 19. Jahrhundert zur Verfügung.

Die dadurch ermöglichte CO₂-intensive Produktionsweise löste den Klimawandel aus. Die Klimakrise ist daher eng mit der Ausbeutung des Globalen Südens durch den Globalen Norden verbunden.



Was bringt es uns heute, den Zusammenhang von Kolonialismus und der Klimakrise zu kennen?



Wie können wir diesen Zusammenhang bei der Suche nach Lösungen für die Klimakrise berücksichtigen?

Soll man die Betroffenen der Klimakrise entschädigen?

Der Globale Norden hat „Klimaschulden“ gegenüber dem Globalen Süden.

Seit der Industrialisierung Westeuropas und der USA im 18. und 19. Jahrhundert wurden massive Mengen an Treibhausgasen wie CO₂ in die Atmosphäre ausgestoßen, was die Klimakrise auslöste.

Der Globale Norden hat durch seinen hohen CO₂-Ausstoß den größten Teil des weltweiten „Klima-Budgets“ aufgebraucht. Dieses Budget gibt an, wie viel CO₂ maximal freigesetzt werden darf, um drastische Klimaänderungen zu vermeiden.

Heute sind die Länder des Globalen Nordens für 92 % der Überschreitung dieses Budgets verantwortlich.

Die Folgen dieser Überschreitung, wie Extremwetterereignisse, treffen jedoch vor allem den Globalen Süden, wo etwa 97 % der Betroffenen leben.

Um diese Ungerechtigkeit auszugleichen, wird zunehmend über Reparationen diskutiert. Diese sollen die Schäden kompensieren, die durch den übermäßigen CO₂-Ausstoß des Globalen Nordens verursacht wurden.



Wie könnten solche Reparationen aussehen?

Welche Folgen hätten sie?

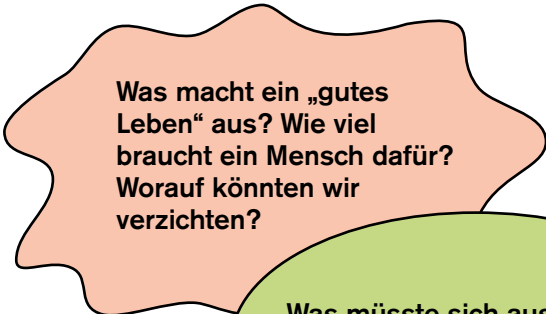
Was brauchen wir für ein gutes Leben?

In der Philosophie des „Buen Vivir“ (dt. gutes Leben), die aus den indigenen Kulturen in der Anden- und Amazonas-region in Südamerika stammt, werden Menschen und Natur als verbunden gesehen.

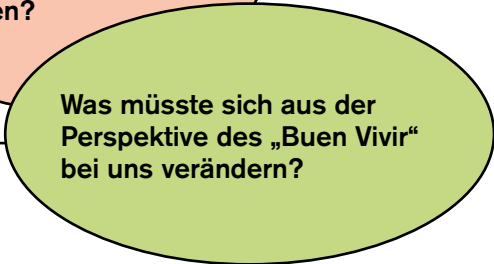
Menschen, Tiere, Pflanzen, Berge und alles, was wir sonst als Teil der Natur sehen, sollen in Harmonie miteinander leben. Menschen dürfen die Natur nicht für Profitinteresse ausbeuten, sondern nur so viel entnehmen, wie notwendig ist, um die Grundbedürfnisse aller zu erfüllen. Eben so, dass alle ein „gutes Leben“ haben können.

Hier unterscheidet sich „Buen Vivir“ von der westlichen bzw. der dem Kapitalismus zugrundeliegenden Vorstellung, nach der die Wirtschaft immer weiter wachsen muss und deshalb auch immer mehr Ressourcen aus der Natur braucht.

Im „Buen Vivir“ geht es nicht darum, nach immer mehr zu streben. Stattdessen sollen die Menschen die Ressourcen so gerecht teilen, dass niemand im Mangel, aber auch niemand im Überfluss lebt.



Was macht ein „gutes Leben“ aus? Wie viel braucht ein Mensch dafür? Worauf könnten wir verzichten?



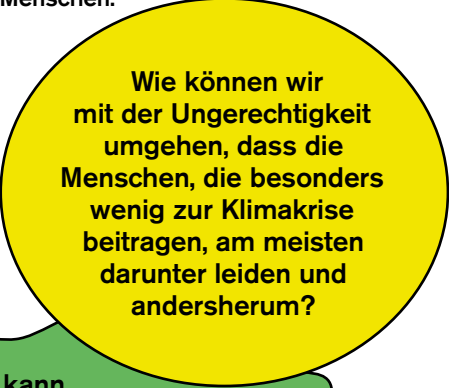
Was müsste sich aus der Perspektive des „Buen Vivir“ bei uns verändern?

Warum sind nicht alle gleich betroffen?

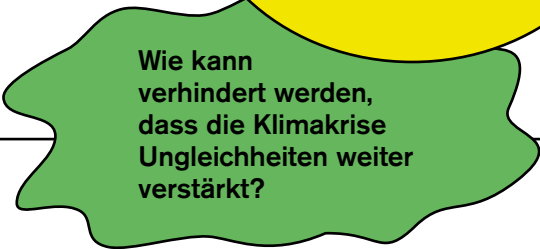
Der Klimawandel verstärkt die bestehenden Probleme, mit denen viele Menschen ohnehin zu kämpfen haben. Besonders betroffen sind diejenigen, die bereits unter Armut, unsicheren Wohnverhältnissen oder einer instabilen Ernährungssituation leiden. Sie haben oft weniger Möglichkeiten, sich an extreme Wetterbedingungen anzupassen – etwa durch den Kauf einer Klimaanlage, den Bau stabilerer Häuser oder einen Umzug in sicherere Gegenden. Menschen, die auf selbst angebaute Lebensmittel angewiesen sind, stehen ohne Alternativen da, wenn ihre Ernte ausfällt. Wohnungslose sind Extremwetter schutzlos ausgeliefert, da sie keinen sicheren Rückzugsort haben.

Außerdem leben diskriminierte oder ausgegrenzte Menschen häufig in besonders gefährdeten Regionen. Gleichzeitig tragen

diese Betroffenen kaum zur Klimakrise bei, da sie besonders wenig klimaschädliche Emissionen verursachen. Im Gegensatz dazu emittieren wohlhabende Menschen deutlich mehr CO₂ – durch ihren hohen Konsum, häufige Flugreisen oder Investitionen in umweltschädliche Unternehmen. Im Jahr 2019 war das reichste 1 % der Weltbevölkerung für 16 % der CO₂-Emissionen verantwortlich – genauso viel wie die ärmeren zwei Drittel der Weltbevölkerung, also rund fünf Milliarden Menschen.



Wie können wir mit der Ungerechtigkeit umgehen, dass die Menschen, die besonders wenig zur Klimakrise beitragen, am meisten darunter leiden und andersherum?



Wie kann verhindert werden, dass die Klimakrise Ungleichheiten weiter verstärkt?

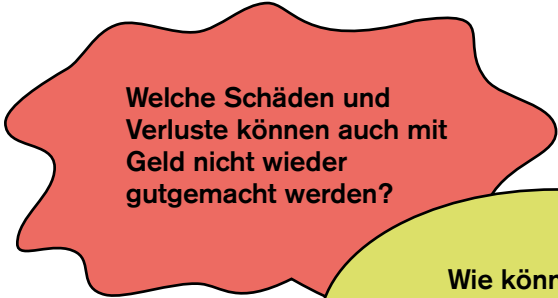
Was tun, wenn Lebensräume für immer zerstört sind?

Durch die Klimakrise entstehen auch jetzt schon Schäden und Verluste. Einige lassen sich mit dem Einsatz von Ressourcen beheben, so lässt sich etwa zerstörte Infrastruktur wieder aufbauen oder eine Missernte ersetzen.

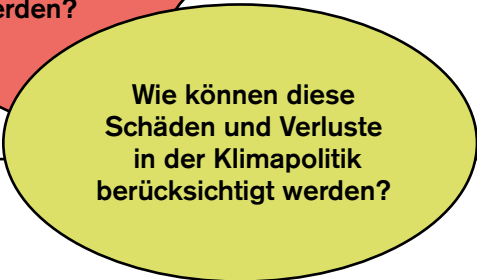
Das ist jedoch nicht immer möglich: Der menschengemachte Klimawandel zerstört Ökosysteme unwiederbringlich, Arten sterben aus und die Heimat von Millionen Menschen wird unbewohnbar. Menschen, die durch Hitzewellen, Stürme oder Überschwemmungen ums Leben kommen, können auch mit Geld nicht wieder leben-

dig gemacht werden. Das sind nur einige Beispiele dafür, wie die Klimakrise das Leben von Menschen für immer verändern kann. Solche Schäden und Verluste entstehen durch einzelne katastrophale Ereignisse (Stürme, Überschwemmungen etc.) oder aber durch langsam fortschreitende Ereignisse wie das Steigen des Meeresspiegels oder die Ausbreitung von Wüsten.

Diese Verluste und Schäden sind extrem ungleich verteilt: Sie treffen besonders Menschen, die im Globalen Süden leben und von Armut betroffen sind.



Welche Schäden und Verluste können auch mit Geld nicht wieder gutgemacht werden?



Wie können diese Schäden und Verluste in der Klimapolitik berücksichtigt werden?

Gibt es Alternativen zur Entwicklung?

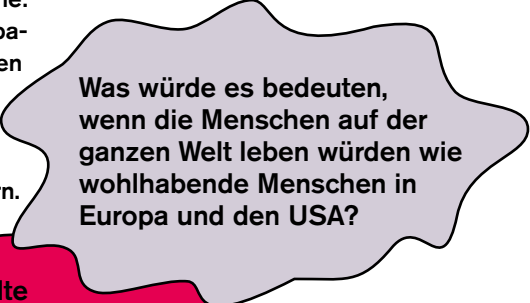
Seit dem Ende kolonialer Herrschaft wird oft behauptet, dass die wirtschaftliche Armut und die vergleichsweise oft schlechteren Lebensbedingungen in vielen Ländern des Globalen Südens damit begründet sind, dass diese noch nicht in gleichem Maße „entwickelt“ seien wie die Länder des Globalen Nordens.

Das beruht auf der Annahme, dass der Globale Norden bereits einen idealen, modernen Zustand erreicht hat, und dass der Globale Süden diesen Zustand ebenfalls erreichen wird, wenn er denselben Weg geht.

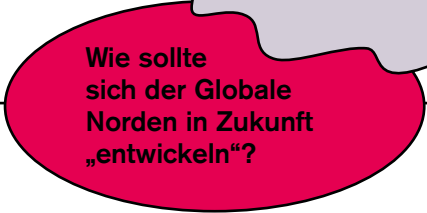
Dabei gibt es zwei große Probleme: Erstens ist der Wohlstand des Globalen Nordens mit der Armut im Globalen Süden verbunden. In der Kolonialzeit hat der Norden die Menschen und Ressourcen des Südens ausgebeutet, um sich zu bereichern.

Dabei entstand ein globales Wirtschaftssystem, das die Länder des Globalen Südens auch heute noch benachteiligt und es ihnen unmöglich macht, auf demselben Weg reich zu werden wie der Globale Norden.

Zweitens ist der Wohlstand im Globalen Norden sehr ressourcenintensiv. Das bedeutet, dass Lebensweisen, die weniger Ressourcen verbrauchen, nicht als „unterentwickelt“ abgewertet werden sollten. Stattdessen können ressourcenschonende Lebensweisen im Globalen Süden ein Vorbild für ein nachhaltigeres Leben auch im Norden sein.



Was würde es bedeuten, wenn die Menschen auf der ganzen Welt leben würden wie wohlhabende Menschen in Europa und den USA?



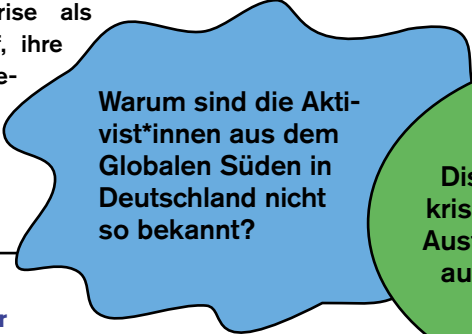
Wie sollte sich der Globale Norden in Zukunft „entwickeln“?

Gibt es weltweit Klimaaktivismus?

Beim Thema Klimaaktivismus denken viele an Fridays for Future und ähnliche Bewegungen in Europa.

Doch im Globalen Süden ist das Thema schon viel länger präsent. Seit über 500 Jahren kämpfen Menschen in Afrika, Nord-, Mittel- und Südamerika und der Karibik, Asien, Australien und Ozeanien gegen die Ausbeutung von Mensch und Umwelt. Dieser Widerstand gegen die Ressourcenausbeutung, die die Klimakrise befeuert, ist bis heute aktiv.

Zudem ist die Klimakrise für viele Menschen bereits bittere Realität und kann nicht mehr komplett verhindert werden. Aktivismus richtet sich deshalb sowohl auf die Bewältigung aktueller Folgen der Klimakrise als auch darauf, ihre Verschlimmerung zu verhindern.

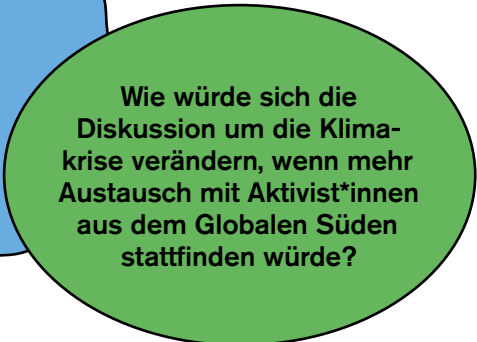


Warum sind die Aktivist*innen aus dem Globalen Süden in Deutschland nicht so bekannt?

Eines von unzähligen visionären Projekten ist das „Green Belt Movement“, eine in den 1970er Jahren von der Kenianerin Wangari Maathai gegründete Wiederaufforstungsinitiative, die Umweltschutz mit Menschenrechten und Frieden verbindet.

Abseits der Öffentlichkeit riskieren außerdem viele Menschen im Globalen Süden ihr Leben, um ihre Umwelt zu schützen – 2022 wurden 177 dabei getötet, die meisten davon in Lateinamerika.

Obwohl sie stärker von der Klimakrise betroffen sind und reichlich wertvolle Erfahrung haben, sind die Perspektiven von Bewegungen und engagierten Menschen im Globalen Süden selten Teil der Klimadiskussion im Globalen Norden.



Wie würde sich die Diskussion um die Klimakrise verändern, wenn mehr Austausch mit Aktivist*innen aus dem Globalen Süden stattfinden würde?

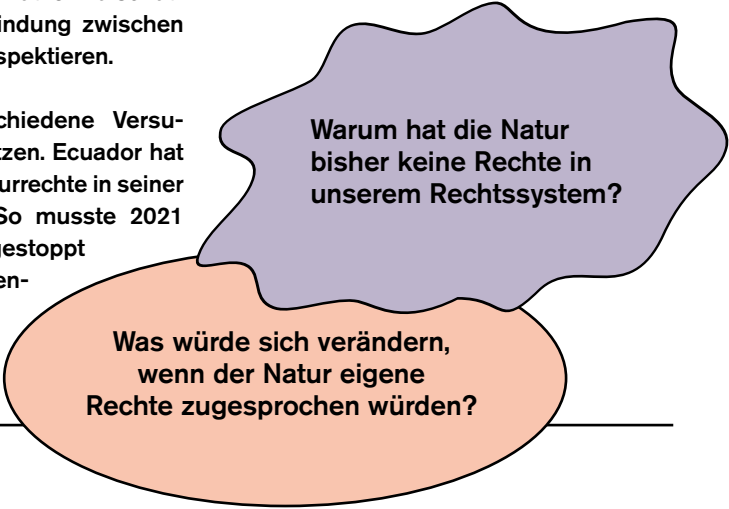
Sollte die Natur eigene Rechte haben?

In den meisten Rechtssystemen steht der Mensch im Mittelpunkt. Nur wenn seine Interessen direkt beeinträchtigt werden, kann er klagen. Gegen die Zerstörung eines Ökosystems oder die Verschmutzung eines Flusses kann also nur geklagt werden, wenn ein Mensch beweisen kann, dass er selbst geschädigt wird – die Natur hat keine eigenen Rechte.

Das ändert sich nun teilweise. Die Natur als eigenständiges Rechtssubjekt anzuerkennen, bedeutet, ihren Wert unabhängig vom wirtschaftlichen Nutzen zu schützen und die enge Verbindung zwischen Mensch und Natur zu respektieren.

Weltweit gibt es verschiedene Versuche, diese Idee umzusetzen. Ecuador hat 2008 als erstes Land Naturrechte in seiner Verfassung verankert. So musste 2021 ein Bergbauprojekt gestoppt werden, das einen artenreichen Wald bedrohte.

In Neuseeland, Indien und Bangladesch wurden ebenfalls die Rechte von Ökosystemen oder Flüssen anerkannt. Wer diese Rechte einklagen kann, ist unterschiedlich: In Neuseeland können z.B. indigene Gemeinschaften im Namen der Ökosysteme klagen, in denen sie leben. In Ecuador können theoretisch alle Menschen klagen – in der Praxis ist das aber mit vielen Hürden verbunden.



Warum hat die Natur bisher keine Rechte in unserem Rechtssystem?

Was würde sich verändern, wenn der Natur eigene Rechte zugesprochen würden?